
„Leben mit Drogen? Akzeptierende Drogenarbeit als Schadensbegrenzung gegen repressive Drogenpolitik!“

1. Kongreß des Bundesverbandes für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, akzept e. V., vom 10. – 13. März 1991 in Berlin

Henning Schmidt-Semisch

„Wir sind doch nicht Kultur-Schweine oder asoziale Säue!“ Das ist der Ausspruch eines substituierten HIV-infizierten Ex-Users, und er ist charakteristisch für den „1. Kongreß des Bundesverbandes für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, akzept e. V.“. Für die zahlreichen User und Ex-User von illegalen Drogen, die am Kongreß teilnahmen, schien das Fragezeichen im Kongreßtitel „Leben mit Drogen?“ bereits gefallen, bevor der Kongreß überhaupt begonnen hatte. Immer wieder betonten sie ihr Recht auf die Gleichbehandlung ihres Drogenkonsums mit dem Gebrauch legaler Drogen (Alkohol, Nikotin etc.). „Warum müssen wir immer weiter bestraft werden?“, fragte Werner Hermann und brachte damit die Grundstimmung der Kritik von JES (Junkies, Ex-User und Substituierte) auf den Punkt. „Pola (Levomethadonhydrochlorid, H.S.-S.) gibt mir Zeit zu leben“, erklärte Rolf Bösche (Mitglied des Sprecherrates von JES) und klagte damit die zögerliche (politische) Umsetzung und Ausweitung der Substitutionsbehandlung an. Aber auch die professionellen HelferInnen im Drogensektor wurden hart angegangen. Als einträgliche „Nebendrogenwirtschaft“ bezeichnete Rolf Bösche die großen Therapie-Unternehmen sowie die sonstigen Bereiche von Drogen-Therapie, -Sozial-Arbeit, -(Sozial-)Pädagogik etc. und fragte: „Wie weit sind die Profis dazu bereit, uns wirklich an ihrer Arbeit zu beteiligen?“ Denn schließlich „leben sie seit vielen Jahren sehr gut von unserer Betroffenheit!“ Selbsthilfe, wie sie z. B. von JES initiiert und geleistet würde, müsse endlich als ernsthafte gleichwertige Arbeit begriffen werden.

Es war die Präsenz, das Engagement und das Selbstbewußtsein der sog. Betroffenen, die die Atmosphäre und den Gewinn des Kongresses ausmachten, zumal man den Eindruck hatte, zum ersten Mal sachkundig und öffentlich über Drogen und Drogenkonsum aufgeklärt zu werden. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die neue Plakat-Serie der D.A.H. (Deutsche AIDS-Hilfe), auf denen in gelungener Art und Weise dem Mythos des ursächlichen Zusammenhangs von Drogenkonsum

und HIV-Infektion entgegengewirkt wird, mit Plakat-Überschriften wie „Von Heroin allein kriegt man noch kein AIDS“, „Von Kokain kriegt man kein AIDS“ sowie „Vom Kiffen kriegt man kein AIDS“. Auch Broschüren von verschiedenen Organisationen lagen aus, die zum sicheren und sachkundigen Gebrauch von Drogen und der Injektionsnadel anleiten, ganz nach dem von Werner Hermann geäußerten Motto: „Die Möglichkeit der Pumpe in der Tasche ist die eigentliche AIDS-Prävention“.

AIDS, so registrierte man nicht erst auf diesem Kongreß, hat eine offensive Haltung der DrogengebraucherInnen erst möglich gemacht. Viele Tabus sind gefallen und es kann (etwas) offener über sicheren Drogengebrauch sowie über den Unsinn von prohibitionistischen Kontroll- und Strafmaßnahmen diskutiert werden. Das gilt nicht nur für Fragen des Drogenkonsums, sondern ebenso für den Bereich der Sexualität – vor allem der Homosexualität. Die Bedrängnis durch die „Seuche“ wird gewissermaßen zur Befreiung der Diskussion. Horst Bossong hatte recht, als er sagte, der große Gewinn des Kongresses sei die Einbeziehung *der* kritischen Öffentlichkeit gewesen, die bisher ausgegrenzt wurde, nämlich die der Betroffenen.

Wichtigstes Ergebnis ist m. E. die nahezu durchgängige Aufhebung der Unterscheidung zwischen „harten“ und „weichen“ sowie „gefährlichen“ und „ungefährlichen“ Drogen. Die einzig sinnvolle Unterscheidung, so wurde deutlich, kann in der momentanen Situation nur zwischen legalen und illegalen Drogen gemacht werden. Es gehe daher nun darum, so Stephan Quensel in seinem Referat, zu entkriminalisieren, um diesen Unterschied aufzuheben. Schließlich gebe es keine Kultur ohne Drogen, vielmehr seien Drogen Teil der Identitäten von Kulturen. Alles, was wir über Kultur, Genuß und Identität wüßten, so Quensel, ließe ein Leben ohne Drogen unwahrscheinlich werden. Problematisch seien weder Drogenkonsum noch Drogenabstinenz. Problematisch würde es immer erst dann, wenn wir, wie es heute der Fall sei, anderen eine Abstinenz oder gar Askese aufzudrücken suchten, die diese gar nicht wollten. Es gehe daher darum, deutlich zu machen, daß der Gebrauch (heute) illegaler Drogen nicht an sich bereits Mißbrauch darstelle und daß auch im Falle einer Entkriminalisierung „nicht das totale Chaos ausbricht“. Vielmehr gelte es, sich selbst zu erkennen und mit anderen DrogengebraucherInnen in eine Diskussion einzutreten: als Koffein-Fan mit Cannabis-Fans oder als Nikotin-SüchtigEr mit Heroin-Abhängigen etc. Ein Leben mit der von der/dem jeweiligen Drogenkonsumenten/in bevorzugten Droge müsse ermöglicht werden, denn nur so bestehe die Chance für ein Kennenlernen der Ambivalenz von negativen und (!) positiven Seiten der jeweiligen Drogen und die Möglichkeit der Entwicklung von Drogenkulturen.

Die Perspektive einer ökologisch-sozialen Drogenpolitik skizzierte Manfred Kappeler. Drogenkonsum weise einerseits, als Teil der Auseinandersetzung zwischen Menschen, soziale Aspekte auf, andererseits aber, als Teil der Auseinandersetzung zwischen Mensch und Natur, ebenso ökologische. Wurde das „soziale Gleichgewicht“ durch die Einführung der

Prohibition erschüttert, so führte die Logik der westlichen Industriegesellschaften, die stets auf die Isolierung und vor allem auf die Konzentrierung von Wirkstoffen gerichtet ist, zu einer empfindlichen Störung des „ökologischen Gleichgewichts“. Die dominanten illegalen Drogen und ihr Konsum seien Produkte dieser Entwicklung: vom Opium-Rauchen zur Heroin-Injektion und vom Coca-Kauen zum Kokain-Sniffen. „Verbunden mit den Konsequenzen der illegalen Beschaffung bedeuten diese halb- bzw. vollsynthetischen Drogen ein von den KonsumentInnen kaum noch zu kalkulierendes Risiko für Gesundheit und Leben“ (Kappeler in: abstracts zum Kongreß). Trotz alledem sei aber ein kultureller Umgang auch mit diesen synthetischen Drogen durchaus möglich. Dazu sei es allerdings nötig, der Prohibition ein Ende zu bereiten und den Menschen die Wiederaneignung kultureller und gesellschaftlicher Kompetenzen bez. des Konsums (heute) illegaler Drogen zu ermöglichen. Nur durch eine Legalisierung könne man es erreichen, daß die Drogenerfahrung als eine existenzielle Frage wieder öffentlich kommunizierbar würde und die Drogen wieder zu dem würden, was sie einmal ursprünglich waren, nämlich „ein freundliches Angebot der Natur an die Menschen, die selbst Teil dieser Natur sind“.

Die Vielfalt der Themen und Angebote macht ein genaueres Eingehen auf die einzelnen Veranstaltungen unmöglich. Festhalten lassen sich allerdings die groben Tendenzen der Seminar- und Workshopgespräche. Ein großes Ausrufezeichen wurde durchweg hinter die Ausweitung von Substitutionsmöglichkeiten gesetzt. Vor allem niedrigschwellige und „bedingungslose“ Angebote zur Substitution wurden eingefordert. Dementsprechend wurde z. B. auch die Teilnahme an der sog. psychosozialen Begleitung, die in der Bundesrepublik bei einer Substitution mit L-Polamidon verpflichtend absolviert werden muß, als unnötige Hürde zur Hilfe („Zwangsbetreuung“) angesehen. Vielmehr sollte der/die Substituierte selbst über das Ob und Wie einer Teilnahme an dieser psychosozialen Betreuung während der Substitution entscheiden. Das Selbst-Entscheiden-Können sowie die Orientierung der Hilfsangebote an den Bedürfnissen der DrogengebraucherInnen sollte im übrigen für alle Hilfsangebote gelten. Das führte zu der Überzeugung, daß weniger das vorhandene Netz der Hilfen ausgebaut, sondern vielmehr die vorhandene Palette der Hilfs-Formen um bedürfnisorientierte und niedrigschwellige Angebote erweitert werden müsse.

Einigkeit bestand auch über das grundsätzliche Scheitern prohibitionistischer und repressiver Drogenpolitik sowie die Notwendigkeit der Entkriminalisierung des Drogengebrauchs. Keine Einigung wurde dagegen darüber erzielt, wie weit eine solche Entkriminalisierung zu gehen habe. Sprachen einige nur von der Legalisierung von Cannabis, so plädierten andere für eine grundsätzliche Legalisierung auch der sog. harten Drogen (also Heroin, Kokain, Crack etc.). War für einige mit der Vorstellung von umfassenden niedrigschwelligen Substitutionsmöglichkeiten bereits die Grenze des Wünschbaren erreicht, so sprachen andere von Heroin- bzw.

Drogenkultur, von einem Lebensstil im Zusammenhang mit Drogen und von kontrolliertem nicht-abhängigen Drogengebrauch.

Die den Kongreß abschließende Podiumsdiskussion zeigte allerdings, daß es auf politischer Ebene um den Grad einer Abschaffung der Repression im Drogenbereich noch gar nicht geht. Eingeladen waren alle im Bundestag vertretenen Parteien. Während CDU und FDP ihre Teilnahme wenigstens absagten, reagierte die CSU nicht einmal auf die Einladung. Der erschienene SPD-Vertreter verließ – hart kritisiert – nach der Hälfte der vorgesehenen Zeit das Podium. Lediglich der Vertreter der AL-Berlin hielt bis zum Ende durch.

Ergänzt wurde dieses Bild noch durch die Weigerung des Berliner Gesundheitssenators, die Schirmherrschaft für den Kongreß zu übernehmen. Seine Begründung: Der Kongreß sei „der notwendigen Diskussion abträglich“ und daher „nicht unterstützungswürdig“.

Betrachtet man dieses Verhalten der Politiker, so gewinnt die Aussage von Manfred Kappeler an ermutigender Richtigkeit: „Die Fachlichkeit des Kongresses war nicht unpolitisch – der unpolitische Sumpf der Fachlichkeit ist überwunden worden“. Fragt sich, wie lange sich die „große Politik“ ihre Ignoranz noch leisten kann, denn wie Quensel bereits am ersten Kongreßtag provozierend fragte: „Wie hilflos sind eigentlich unsere drogenpolitischen Bewacher, wenn wir sie nicht mehr ernst nehmen?“ Daß diese Bewacher zwar hilflos, keineswegs aber bereits machtlos sind, zeigt das Erlebnis einer Gruppe von KongreßteilnehmerInnen, die teilweise KonsumentInnen illegaler Drogen sind. Von dem Vorhandensein einer Einwegspritze im Hotelzimmer durch eine Raumpflegerin unterrichtet, durchsuchte die Kriminalpolizei die Zimmer der KongreßteilnehmerInnen und nahm eine Person vorübergehend fest. „Europa geht einen repressiven Weg in der Drogenpolitik“, hatte Günter Amendt am letzten Tag des Kongresses gesagt und vielen die Illusionen bzgl. einer weniger repressiven, akzeptierenden Drogenpolitik „geraubt“. Nicht ganz zu Unrecht, wie es scheint.

März 1991

Bundesstraße 42
2000 Hamburg 13